

Correspondent

Erscheint
Dienstag, Donnerstag,
Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

40. Jahrg.

Leipzig, Dienstag den 16. September 1902.

№ 108.

Lehrlingswesen und Handwerkskammern.

Wie wir bereits vor Jahr und Tag im Corr. gründlichst nachgewiesen, hatten und haben die Arbeiter allen Grund, dem Gebaren der neuzeitigen Zunftvereinigungen das größte Mißtrauen entgegenzubringen. Die „Hebung des Handwerks“, wie sie die Zunftmatabore unter Benützung der Zwangsinnungen, der Handwerkskammern usw. verstehen, äußert sich gleichermaßen in fortschrittlicher wie arbeiterfeindlicher Weise. Rückständig und sozialpolitisch verständnislos, wie die Zunftfanatiker nun einmal sind, können sie sich nicht losreißen von dem Wahne, daß nur die Ausnutzung einer möglichst großen Zahl Lehrlinge einen Ausgleich zwischen Großindustrie und Handwerk herbeizuführen vermag. Alle Bestrebungen, die darauf hinauslaufen, in der Lehrlingsfrage vernünftigen Anschauungen die Wege zu ebnen, prallen wirkungslos ab an dem verdinglichten Zunftmeister, dessen letzte Hoffnung der billige jugendliche Arbeiter, der Lehrling ist, mit dessen Hilfe das Kleinhandwerk glaubt sich seinen „goldenen Boden“ wieder zurückerobern zu können. So, wie die Dinge aber heute liegen, schaffen diese Handwerker nur den Fabriken ein hochwillkommenes Arbeitermaterial, das mit irgend welchen Vorkenntnissen in dieser oder jener Branche ausgerüstet und getrieben vom Hunger den Anreiz zu immer breiterer Ausdehnung der industriellen Anlagen, zu immer größerer Lohnbrückerlei und zu immer rücksichtsloserer Konkurrenz gibt, so daß in letzter Instanz der kurzfristige Lehrlingszüchter sein eigener Lotengraber wird. Das wollen natürlich die Herren nicht einsehen, in ihrer wirtschaftspolitischen Kurzsichtigkeit richtet sich ihr Blick einzig und allein darauf, im Augenblicke den Mitbewerber bei irgend einer Arbeit niederzukonkurrieren, um welchen Preis es immer auch sei.

Nichts ist daher den einseitigen Zunftfanatikern unangenehmer, als wenn ihnen die Freiheit in der Lehrlingsausbeutung zu beschränken versucht wird. Ein eklatantes Beispiel hierfür ist eine gutachtliche Aeußerung des Vorstandes der Handwerkskammer für das Großherzogtum Sachsen-Weimar an das großherzogliche Staatsministerium, das „über einen Antrag des Tarif-Amtes und des Tarif-Ausschusses der deutschen Buchdrucker“ Veranlassung genommen, diese Angelegenheit den Handwerkskammern zur Einreichung von Interzessen-Gutachten seitens der Arbeitgeber sowohl als der Arbeitnehmer zu überweisen. Die am 25. August in Neustadt tagende Versammlung des Vorstandes der Weimarschen Handwerkskammer hat nun bezüglich der oben erwähnten Angelegenheit beschlossen:

„Nach den aus Sachkreisen eingeholten Gutachten über diesen Antrag beschließt der Vorstand in Gemeinschaft mit dem Ausschusse für das Lehrlingswesen sich gutachtlich dahin zu äußern, daß nach dem von der Kammer gefaßten Beschlusse über die Höchstzahl der Lehrlinge keine Veranlassung vorliegt, dem Buchdruckergewerbe im Großherzogtume eine Ausnahmestellung einzuräumen, und zwar deshalb nicht, weil die vom Tarif-Amte und Tarif-Ausschusse aufgestellten

Staffeln den Betrieben in der Annahme von Lehrlingen Beschränkungen auferlegen würden, welche sich nicht mit den Verhältnissen des Landes decken. Das großherzogliche Staatsministerium ist zu ersuchen, dem Herrn Bevollmächtigten des Bundesrates den Beschluß der Kammer über die Höchstzahl der Lehrlinge bekannt zu geben und denselben zu veranlassen, im Verhandlungsfalle des Bundesrates gegen diesen Antrag zu stimmen.“

Zunächst möchten wir einmal die „Sachkreise“ kennen, auf deren „Gutachten“ sich der Vorstand der Handwerkskammer stützt. Daß, wie vorstehend, ein solches von Prinzipalen ausgegangen sein kann, die im Hauptberufe Buchdrucker sind, ist ganz ausgeschlossen. Buchbinder und Papierwarenhändler, die nebenbei 100 Bistenkarten für 50 Pf. herunterquetschen, zählen glücklicherweise noch nicht zu den Buchdruckern. Im Ernstfalle bleibt nur übrig, daß einige Lehrlingszüchter bestimmend für das Gutachten der Handwerkskammern gewesen sind. Es wird da — wenn angängig — die Aufgabe des Tarif-Amtes sein, dem Bundesrate nahezu legen, die „Sachkreise“ zu erforschen, bei denen sich die tarifliche Lehrlingskala „nicht mit den Verhältnissen des Landes deckt“. Weiter wird es die Aufgabe des Gesellen-Ausschusses der Handwerkskammer sein, derartige Gutachten ein geschlechtlich zugelassenes besonderes Gutachten gegenüberzustellen, sofern nicht der Gesellen-Ausschuß nach § 103k des Handwergesetzes „bei Abgabe von Gutachten und Erstattung von Berichten über Angelegenheiten, welche die Verhältnisse der Gehilfen und Lehrlinge betreffen“, hinzugezogen worden ist. Wenn übrigens der Vorstand der Weimarschen Handwerkskammer eine eingehendere Begründung als die oben abgedruckte für seinen Standpunkt in dieser Frage nicht geben kann, so wird der „Herr Bevollmächtigte des Bundesrates“ — die Herren wissen noch nicht einmal, daß es nicht „des“, sondern „zum“ Bundesrate heißt — wohl schwerlich in der Lage sein, überhaupt irgend etwas „vertreten“ zu können. Es bleibt lediglich der Hinweis auf den „von der Kammer gefaßten Beschluß über die Höchstzahl der Lehrlinge“, und da wird selbst der Bundesrat es als ein ungesundes Verhältnis bezeichnen müssen, wenn nach einem frühern Handwerkskammer-Beschlusse auf einen Gehilfen drei Lehrlinge zulässig sein sollen. Auch steht zu erwarten, daß wohl schwerlich die Mehrzahl der übrigen Gutachten mit dem der Weimarschen Handwerkskammer identisch sein wird. Aber niedriger hängen muß man Bestrebungen, die darauf hinauslaufen, alle Versuche auf Herstellung einer gewerblichen Ordnung zu hintertreiben. Und dabei will jene Institution eine Hüterin und Förderin gewerblicher Interessen sein — wahrlich, hier ist in ganz eklatanter Weise der Bod zum Gärtner gemacht.

Erfreulich berührt es daher, wenn in dem Nachbarstaate Sachsen-Noburg-Gotha die Arbeit der tarifstreuen Prinzipale und Gehilfen ein sachliches und sympathisches Verständnis findet. So haben die Vertreter der tarifstreuen Buchdrucker in Gotha eine Petition an den dortigen Gemeinderat betreffs Vergebung der städtischen Druckerarbeiten an nur tariffreie Druckereien gerichtet, mit welcher Petition

sich die Gothaische Stadtverordneten-Sitzung am 29. August beschäftigte. Ueber dieselbe entnehmen wir dem Gothaer Tageblatte folgenden Bericht:

„Der Referent teilte mit, daß die tarifstreuen Buchdrucker schon vor einiger Zeit an den Stadtrat eine Eingabe gerichtet und durch dieselbe darum gebeten haben, der Stadtrat wolle antilige Drucksachen nur von solchen Druckereien herstellen lassen, die der Tarifgemeinschaft angehören. Der Stadtrat hatte hierauf geantwortet, daß er zurzeit eine Entschließung nicht fassen könne und begründete dies mit dem Hinweise auf die bezüglichen örtlichen Verhältnisse. Hierauf haben sich die Petenten direkt an die Stadtverordneten gewandt mit dem Ersuchen, dahin zu wirken, daß nur tarifstreuen Buchdruckereien antilige Drucksachen zur Herstellung überwiesen werden. Der Referent machte eingehende Mitteilungen über die geschichtliche Entwicklung der Tarifgemeinschaft; die bezüglichen Bestrebungen gehen bis zum Jahre 1873 zurück; im Jahre 1896 ist ein Vertrag zu Stande gekommen, durch den für das Buchdruckergewerbe segensreich gewirkt worden ist. Referent müsse die segensreiche Wirkung der Tarifvereinigung anerkennen und wünschen, daß die Bestrebungen derselben immer mehr und mehr zur Geltung gebracht werden, aber beantragen, die Sache dem Stadtrate zur wohlwollenden Erwägung zu übergeben, da die Stadtverordneten nicht in der Lage seien, bestimmend auf den Stadtrat einzuwirken. Der Vorsitzende erklärte, daß seine Sympathie der Sache gehöre, aber es empfehle sich, die Angelegenheit dem Stadtrate zur Kenntnisaufnahme zu übergeben. Stadtverordneter Doh schloß sich dem voll und ganz an und bei der Abstimmung wurde der Antrag des Vorsitzenden zum Beschlusse erhoben.“

Gegenüber allen Versuchen rückständiger fanatisierter Fortschritts- und Arbeiterfeinde, die so vielfach sich in den Zwangsinnungen ein Stelldichein geben, wird trotz alledem das Gute die Oberhand behalten und seine Begünstigung allen denen angelegen sein, die sich einen objektiven Blick für die Schäden unsrer Zeit bewahrt und die sich im speziellen Falle der zwingenden Logik nicht entziehen können, daß die Bestrebungen der tarifstreuen Buchdrucker der allgemeinen Wohlfahrt entsprechen. An dieser Tatsache wird auch das Gutachten der Weimarschen Handwerkskammer zerfallen.

Verband und Gewerkschaft.

Nach einer langen Zeit hatte sich eine Versammlung des Vereins Leipziger Buchdrucker- und Schriftgießergesellen wiederum mit obigem Thema sinngemäß zu beschäftigen. In der auf den 12. September einberufenen Versammlung stand als dritter Punkt auf der Tagesordnung: „Stellungnahme zur Aufhebung der über die Druckerei der Leipziger Volkszeitung verhängten Sperre.“ Als die Versammlung um 8 Uhr eröffnet wurde, war der Theatersaal des Kristallpalastes von mindestens 2000 Kollegen gefüllt, die am stärksten besuchte Versammlung seit vielen Jahren. Nach Erledigung der geschäftlichen Mitteilungen und nachdem die angekündigte Rezitation des Herrn Balkotte auf einen spätern Termin verlegt worden war, nahm zu dem obigen Punkte der Tagesordnung zunächst das Wort der Vorsitzende

Engelbrecht: Sie werden überrascht gewesen sein, als Sie diesen Tagesordnungspunkt lasen. Ich habe aber

bereits vor 14 Tagen in der letzten Versammlung darauf hingewiesen, daß Ihnen Gelegenheit gegeben werden wird, in dieser Frage Stellung zu nehmen. Ich habe es für notwendig gehalten, vor 14 Tagen diese Erklärung abzugeben, weil Gerichte in Mitgliederkreisen im Umlaufe sind, welche mit den Tatsachen in Widerspruch stehen. Wie Sie in den Tagesblättern gelesen haben werden, ist die Gewerkschaft an den Verbandsvorstand herangetreten bezugs Aufnahme in den Verband. Es wird einem großen Teile unserer Kollegen verwunderlich erscheinen, daß nach so kurzer Zeit nach dem Gewerkschaftskongresse die Gewerkschaft um Aufnahme in den Verband nachsucht, während sie wenige Wochen vorher noch und gerade zuletzt jenes Kongresses in ihrem Organe die unflätigsten Angriffe gegen den Verband richtete. Die Gewerkschaft hat sich eine Versicherung Döblins auf der Generalversammlung zu nütze gemacht, wonach sie nur kommen möchte dann wären wir zu Verhandlungen bereit. Da nun tatsächlich die Gewerkschaft an den Zentralvorstand herangetreten, hat dieser Veranlassung genommen, den Gau Berlin und die Vertrauensleute in Leipzig zu befragen, ob diese damit einverstanden wären, daß in Einigungs- verhandlungen mit der Gewerkschaft eingetreten werde. Aus den gerade für uns in Leipzig maßgebenden und Ihnen bekannten Gründen haben die hiesigen Vertrauens- leute es abgelehnt, Verhandlungen zwischen Verband und Gewerkschaft zuzustimmen. Diesen ablehnenden Standpunkt hat auch der Gau Berlin eingenommen. Der Verbands- vorstand glaubte es bei dieser ablehnenden Antwort nicht verwenden lassen zu dürfen und lud mich sowie den Kol- legen Rezkäufer zu einer Konferenz nach Berlin ein, an welcher außer den Mitgliedern des Zentralvorstandes noch Vertreter des Berliner Gauvorstandes teilnahmen. Diese Konferenz fand am 3. August statt und lief darauf hinaus, daß sich die Beteiligten einig wurden, einmal die Bedingungen festzusetzen, unter welchen in Verhandlungen mit der Gewerkschaft eingetreten werden könne. Es kam dann eine unverbindliche Aussprache zwischen Pollender, Döblin und meiner Person am 11. August in Leipzig zu stande, in welcher Pollender erklärte, daß er dafür wirken wolle, daß die vom Verbandsvorstande verlangte Erklärung der Gewerkschafter, wonach diese sich verpflichten, aus- drücklich den organisatorischen und tariflichen Zustand anzuerkennen und im Sinne der Statuten zu handeln, ab- gegeben werden würde. Dieser Punkt hat in der Gewerks- chaft zur Diskussion gestanden und wurde eine Resolution gefaßt, die sich mit den Verlangten deckt und die nach den Tagesblättern folgenden Wortlaut hat:

„Die den Anschluß an den Verband der Deutschen Buchdrucker nachzulesenden Mitglieder der Gewerkschaft der Buchdrucker usw. erklären, die Bestimmungen des Verbandsstatuts gewissenhaft befolgen zu wollen. Weiter erklären sie, den zwischen Prinzipalität und Gewerkschaft vereinbarten Tarif und den durch ihn geschaffenen gewerblichen Zustand anzuerkennen und den Widerstand dagegen einzustellen.“

Nachdem also die vom Verbandsvorstande gestellten Bedingungen erfüllt waren, mußten wir selbstverständlich in Verhandlungen eintreten, welche sich auf eine Wiedereinigung der Gewerkschaft mit dem Verbands- vereinigung. Wir, die wir von Leipzig aus an diesen Ver- handlungen beteiligt waren, hielten es jedoch, weil Leipzig bei dieser Wiedereinigung am meisten in Betracht kommt, für notwendig, die Entscheidung darüber den Mit- gliedern zu überlassen und ließ es nun bei Ihnen, wie Sie darüber befinden wollen. Leipzig ist bei dieser Sache ganz besonders interessiert, weil ein Drittel sämtlicher Ge- werkschafter hier in Leipzig und fast ausschließlich in der Leipziger Volkszeitung konditionieren. Können wir nun einer Wiedereinigung zustimmen oder nicht? Die Ant- wort darauf ist nicht leicht. Der Vorstand ist sich der Tragweite bewußt, welche eine Beschlußfassung in dieser Sache nach den verschiedensten Seiten zur Folge haben kann. Ich will Ihnen noch einmal die einschlägigen Dinge vor Augen führen. Sie wissen, daß am 24. November 1900 31 Kollegen, unter denen sich 27 Verheiratete befanden, die 65 Kinder zu ernähren hatten, ihre zum Teile lange Jahre inne gehaltenen Stellen in der Leipziger Volkszeitung verließen. Die Niederlegung der Arbeit geschah nicht, wie es sonst der Fall zu sein pflegt, wegen Eringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern lediglich aus ideellen Gründen, im Interesse der Aufrechterhaltung der Selbstständig- keit unsrer Organisation. Ich muß darauf hinweisen, daß mit dem vorgezogenen Grunde der Kündigung unserer Kollegen Trümper und Bismüller, sie hätten nicht ge- nügen für die sozialdemokratische Partei gearbeitet, die Druckerei der Leipziger Volkszeitung sich in Widerspruch gesetzt hat mit den Grundsätzen, die jedes anständige Ge- schäft anerkennt, daß es nämlich nicht das Recht hat, von den Gehilfen zu verlangen, neben Erledigung der auf- gegebenen Arbeiten im Dienste einer bestimmten Partei tätig zu sein. Daß unsere Kollegen so zu handeln ver- pflichtet und moralisch gezwungen waren, die Arbeit niederzuliegen, ist sowohl von Verbands wie von fast allen gewerkschaftlich organisierten Arbeitern anerkannt worden. Selbst der Parteivorstand hat uns prinzipiell und moralisch das Recht zugesprochen dahingehend, daß die Eingetretenen ihre Plätze zu verlassen und den Ausständigen wieder einzuräumen hätten. Im weiteren Verlaufe der Dinge haben wir, um der Initiative des Verbands- vorstandes Rechnung zu tragen, so quasi einen Waffen- stillstand eingetreten lassen, die Leipziger Volkszeitung blieb für Verbandsmitglieder geschlossen und wir haben es auch dabei bisher ausgehalten. So ist es bis heute

geblieben. Es ist aber auch von uns bereits geltend gemacht worden, daß es wünschenswert sei, wenn der Streit endlich einmal begraben werde. Auch unser Stand- punkt ist, daß es im Verbandsinteresse liegt, wenn in dieser Sache Ruhe eintritt. Aber nicht die Ruhe des Strohhaufes, sondern eine solche Ruhe, die basiert auf unsrer Anerkennung durch die Arbeiterchaft und in der Pflege eines einträchtigen Verhältnisses. In Berlin ist gesagt worden, es sei wohl verständlich, wenn Leipzig sich in dieser Sache reserviert verhalte, weil ohne die Regelung der Leipziger Volkszeitungs-Angelegenheit sehr schwer zu einer Einigung zu kommen sei. Es wurde daher den Leipziger Kollegen freigestellt, diese Angelegenheit total mit Vertretern der Gewerkschaft zu regeln. Das hat man uns ausdrücklich offen gelassen. Infolgedessen fanden am 2. September hier Verhandlungen statt zwischen Pollender, Ditz und Wolf von der Gewerkschaft einer- und Bömer, Bogenitz und Engelbrecht vom Verbands- andererseits. Diese Verhandlungen hatten zum Zwecke, einen Weg ausfindig zu machen, der es ermöglicht, die über die Leipziger Volks- zeitung verhängte Sperre aufzuheben. Denn nur dann, wenn die Sperre aufgehoben, kann einer Vereinerung der Ge- werkschaft mit dem Verbands das Wort geredet werden. Bei diesen Verhandlungen erklärte nun Pollender, daß er nicht autorisiert sei, von Geschäfts wegen Konzessionen machen zu können. Nach längerer Debatte aber und nachdem wir Pollender mitgeteilt, daß eine Aussprache des Vorstandes mit den ehemaligen Sehern der Leipziger Volkszeitung vorausgegangen und daß diese einer Auf- hebung der Sperre nur dann zustimmen könnten, wenn ihnen die alten Stellen offen gelassen blieben, ließ sich Pollender zu einer bestimmten Erklärung herbei. Kollegen, es ist bei diesen Verhandlungen ausgeführt worden, daß wir im Prinzip diese Forderung aufrecht erhalten müssen, in der Praxis jedoch werden jedenfalls nicht alle Ausständigen wieder in die Leipziger Volkszeitung hineingeholen. Ein Teil ist abgereist, ein anderer hat wesentlich bessere Stellen gefunden als er früher in der Leipziger Volkszeitung inne hatte und dieser oder jener wird aus persönlichen Gründen dort nicht wieder kon- ditionieren wollen. Eine bestimmte Zahl jedoch, wie viele Anspruch auf Wiedereinstellung erheben würden, konnten wir nicht nennen, weil wir mit dem ehemaligen Per- sonale der Leipziger Volkszeitung der Meinung waren, daß die Nennung einer bestimmten Ziffer gleichbedeutend sei mit der Aufgabe der bisher von den Ausständigen hochgehaltenen Solidarität. Pollender ließ sich nun schließ- lich herbei, zu erklären, daß etwa 12 Gewerkschafter ihre Konditionen in der L. V. ausgeben würden, um auf diese Weise zu dokumentieren, daß die Gewerkschaft den Frieden mit dem Verbands im Interesse der allgemeinen Arbeiterchaft wolle. Weiter sind wir bei den Verhand- lungen nun nicht gekommen. Es stand Proposition gegen Proposition. Ich erklärte nun den Herren von der Ge- werkschaft, daß diese Angelegenheit von so großer Trag- weite sei, daß wir die Entscheidung unseren Mitgliedern überlassen müßten und daß wir gar kein Interesse daran hätten, uns wegen dieser Sache in Widerspruch mit den Mitgliedern zu setzen. Heute liegt die Sache nun so: Die Ausständigen sagen, es müße von der Gewerkschaft anerkannt werden, was der Parteivorstand am 5. De- zember 1900 in seinem Vermittlungsvorschlage an- geboten habe, von den Gewerkschaftern wird gesagt, und das vorläufig ganz unverbindlich, daß sie bereit seien, eventuell 12 Plätze freizumachen. Sie haben heute nun darüber zu befinden, ob Sie das als acceptabel halten, was Ihnen von der Gewerkschaft angeboten wird oder ob Sie auf den Standpunkt sich stellen wollen, welchen das frühere Personal der L. V. eingenommen. Der Vorstand hat in dieser Sache einen ganz objektiven Standpunkt ein- genommen und will ich ihn auch nicht verlassen. Sie sollen nun definitiv entscheiden. Wie Sie entscheiden, ist dem Vorstande vollständig gleichgültig, wünschen müssen wir aber, daß Sie so einstimmig, wie es das Ansehen und die Würde unsrer Organisation verlangt und wie Sie es mit Ihrem Gewissen vereinbaren können. Wir wünschen in diesem Punkte eine lebhafteste Debatte, auf daß ein allgemeines Urteil der Kollegen zu stande kommen kann. Im allen Vorwürfen zu entgegen, sollen Sie aus eigenem Ermeßen Ihre Entscheidung treffen. Ich verweise noch darauf, daß außer Berlin nur Leipzig in dieser Sache besonders engagiert ist, während anderwärts die Mitglieder der Gewerkschaft sich verzetteln. Sie dürfen nicht vergessen, daß wir hier am Orte ein Drittel aller Gewerkschafter haben, und deshalb wird uns auch die übrige deutsche Kollegenchaft das Recht nicht beschneiden können, ein entscheidendes Wort hier zu sprechen. Dazu waren wir außerdem noch in demselben Augenblicke autorisiert worden, wo man uns die lokale Entscheidung in die Hände gelegt.

Nach einer kurzen Pause wird die Diskussion eröffnet und nimmt zunächst das Wort

Schüler (ehemaliger Volkszeitungsseher): Ich kann dem Vorstande den Vorwurf nicht erproben, daß er die Sache falsch angesehen hat und die Ausständigen hier vor- schiebt. Wenn wir einen Beschluß gefaßt haben, daß alle Ausgetretenen wieder hinein müssen, so doch nur im Ver- folg des Beschlusses vom 8. Februar 1901. Heute kommt noch hinzu, daß wir keine größeren Zugeständnisse er- halten, aber außerdem noch die Herren wieder in den Ver- band aufnehmen sollen. Ja, wenn das noch eine an- gängige Akquisition wäre, das ist aber nicht der Fall, denn die Herren wären sicherlich nicht zu uns gekommen, wenn sie sich mit ihrer Organisation noch hätten könnten.

Ich zweifle nicht, daß die heutige Versammlung das An- gebot der Gewerkschaft mit Wohlwollen zurückweisen wird. Was wir am 8. Februar 1901 beschlossen haben, muß aufrecht erhalten werden und zwar so lange, bis alle die- jenigen, die es wünschen, wieder in die Leipziger Volks- zeitung hineinkommen.

Engelbrecht: Schützer hat gegen den Vorstand den Vorwurf erhoben, daß er die früheren Sehner der Leipziger Volkszeitung vorschlebe. Wir schieben aber niemand vor. Wenn wir glauben, etwas vertreten zu müssen, tun wir es. Wenn aber eine Sache so eigenartig und verworren, so legen wir die Entscheidung in die Hände der Mitglieder. Wenn ich hier mitgeteilt habe, was die ehemaligen Sehner der Leipziger Volkszeitung in dieser Sache beschlossen haben, so war das meine Pflicht. Wir haben dieselben zu einer Besprechung eingeladen, weil sie feinerzeit ihre Haut zu Markte getragen, deshalb wird deren Gefühlen auch die Mitgliedschaft Rechnung tragen müssen. Wir hatten sie zu der Besprechung eingeladen, nicht um auf jene die Verantwortung zu laden, sondern um ihre Ge- fühle kennen zu lernen.

Mylau: Sie haben schon gehört, welche folgenschwere Entscheidung Sie zu treffen haben und ich hoffe, Sie werden Sie zum besten der Organisation treffen. Ich habe es für unmöglich gehalten, zu denken, daß jemals Einigungsverhandlungen zwischen Verband und Gewerks- chaft möglich sein könnten. Ich kenne die Gründe nicht, die den Verbandsvorstand zur Einleitung dieser Verhand- lungen veranlaßten, zu billigen ist diese aber nicht. Es kommt hier vor allem in Betracht, was waren die Gründe für die Abspaltung, was sind die Ursachen, welche die Gewerkschaft bewegen, zur Mutterorganisation zurückzukehren zu wollen, die sie früher in den Grund und Boden stampfen wollte. Gewiß, einige mögen aus mißverständlichen Idealen heraus gehandelt haben, die meisten aber sind um des schönen Mammons, um purer materieller Vorteile willen in die L. V. eingespungen. Jetzt kommen diese Leute und wollen mit uns „im Interesse der modernen Arbeiterbewegung“ das Jahrhundert in die Schranken jorbren. Ich bin der Ueberzeugung, daß es nicht die Rücksichten auf das Allgemeinwohl sind, welche die Herren bestimmen, zum Verbands zurückzukehren, sondern die Schwäche ihrer Organisation und der Kasernenruin. Wir müssen uns aber mit der Sache beschäftigen, da der Stein ins Rollen gekommen ist. Ueber einen Vorschlag, wie ihn Pollender zu machen gewagt, zu diskutieren, halte ich für vollständig unmöglich. Wenn der Frieden her- gestellt werden soll, ist er nur möglich unter Wiederein- stellung des status quo ante. Allen früheren Ausstän- digen müssen die Plätze wieder frei gemacht werden. Das muß auch den Gewerkschaftern einleuchten, denn es wird wohl schwerlich ein Zweifel bei ihnen bestehen, daß nur auf Grund dieses eine Verständigung möglich ist.

Strebeg: Sind wir denn toll geworden, daß wir heute über die Wiederaufnahme der Gewerkschaft debattieren, nachdem wir seit Jahren Stellung gegen die „zielbewußte“ Gewerkschaft nehmen mußten, die uns fortwährend mit Epitheta wie z. B. „Hundedennt“, „Prinzipalagenten“, „Schwanzwedelnde Gesellschaft“ usw. belegte. Ich muß mich wundern, daß in Verhandlungen mit der Gewerks- chaft eingetreten worden ist. Es wäre die „größte Sünde“, wenn wir unsere Beschlüsse früherer Jahre gegen ein Unfengericht eintauschen würden. Wir müssen auf unsre Ehre halten und müßte ich mich schämen, wenn die Sperre über die Leipziger Volkszeitungs-Druckerei aufgehoben und der Statut in den Verband aufgenommen würde. Gewissen Stellen in Leipzig, die aufsteigend schieben wollen, rufe ich zu: Videant consules! Die übrige Ar- beiterchaft würde sagen: seht die simplen Buchdrucker, jetzt sind sie froh, daß sie die zielbewußte Gesellschaft wieder erhalten. Es heißt bloß noch ein solcher Kommerz und daß ein kräftiger Salamander gerieben würde, weil die Herren wieder zu uns gekommen sind. Denken Sie nur einmal an die Albertgarten-Versammlung, wo unsere führenden Kollegen bald gelichtet worden wären. Es wäre ein Schauspiel für Götter, wenn es nun heute hieße: „Kinder, seid einig, vertragt euch!“ In solcher Gefinnungs- lumperei wird sich wohl unser Vorstand nicht hergeben. Sollten aber die Leute wirklich aufgenommen werden, dann bezeichne man den Verband als ein Asyl für Maro- beure, Defektüre und zielbewußte Streiftrecher! Man wird ja zu meinen Ausführungen wieder sagen, das sei „hirnloses Geschwätz“, es ist aber unsre verdamnte Pflicht und Schuldigkeit, an den alten Beschlüssen festzuhalten. Wenn wir heute uns damit begnügen, daß 12 Plätze in der Leipziger Volkszeitung frei gemacht werden, so waren wir früher besser daran, als uns 14 Plätze offeriert wur- den. Nachdem wir an die Plafatsfülen gegangen waren und auch andere Arbeiter uns Recht gegeben, wollten wir unsfer Recht verzeihen? Ich gehöre 32 Jahre der Orga- nisation an, mir würde aber die Schamrute ins Gesicht steigen, wenn ich mit jenen Leuten wieder auf einer Bank sitzen sollte. Für uns kann es nur eins geben, und das ist die Wiederherstellung des status quo. Wer einmal A gesagt, muß auch B sagen. (Medner bringt eine dementsprechende Resolution ein, die aber später von ihm zu gunsten einer andern Resolution zurückgezogen wird.)

Dreßler: Wie Sie sich erinnern werden, habe ich bereits bei der Berichterstattung über die Münchener Generalversammlung und den Stuttgarter Gewerkschafts- kongreß die Frage der Wiedereinigung angeschnitten, wie in Stuttgart die Frage angeschnitten wurde, damit sie hinüberklinge nach München, und sie ist auch hinüber- geklungen. Von verschiedenen Rednern ist dort betont

worden, daß der Frieden wieder hergestellt werden müsse. Ich begreife eine gewisse Aufregung, die sich heute hier geltend macht, aber ich werde mich bemühen, sehr ruhig, sachlich und objektiv diese Angelegenheit zu behandeln. Ich bedaure, daß mein Vordränger in einer Weise aufgetreten, die nicht zu billigen ist. Heute handelt es sich darum, bestimmte Formen zu finden, um entscheiden zu können, ob eine Vereinigung mit der Gewerkschaft möglich ist. Ich habe in der von mir erwähnten Versammlung gesagt, daß diese Frage noch nicht sprichreif ist; sie ist es auch heute noch nicht. Inzwischen aber hat sich die Sache sehr schnell entwickelt, so daß wir doch zu einer Entscheidung angerufen werden. Wenn aber Pollender erklärt, daß er nur 12 Plätze frei machen könne, so bezeichne ich dies als unannehmbar. Würden wir diese Proposition annehmen, wäre unser moralisches Recht zum Zweifel. Haben wir notwendig, daß uns die Gewerkschaft Bedingungen stellen kann? Ich verweise auf das Correspondenzblatt der Generalkommission, das einen Standpunkt einnimmt, welcher beweist, daß wir bei einer Ablehnung auch die Zustimmung anderer Arbeiterkreise finden. Redner verliest die Stelle:

Das Zentralkomitee der Gewerkschaft der Buchdrucker hat aus Anlaß der vom Vorjahren des Verbandes deutscher Buchdrucker am Schluß der Münchener Generalversammlung abgegebenen Erklärung (siehe den Generalversammlungsbericht in dieser Nummer) an den Verbandsvorstand die Anfrage gerichtet, ob er geneigt sei, mit dem Fragesteller wegen Aufnahme der gesamten Gewerkschaft in den Verband in Unterhandlung zu treten. Die Buchdrucker-Gewerkschaft ist seit dem Leipziger Volkszeitungsstreit noch erheblicher zusammengeklumpt, als dies schon vorher der Fall war; ihre Mitgliederzahl soll nach dem Corr. 168 Mann betragen. Vor einigen Monaten lösten sich die Mitgliedschaften Bremen und Hamburg auf; die Mitglieder traten zum Verbands über. Nachdem der Stuttgarter Gewerkschaftskongress über die Anträge, die Buchdrucker-Gewerkschaft anzuerkennen, zur Tagesordnung übergegangen ist, dürften auch die letzten Reste des Hauptleides die Hoffnung aufgegeben haben, als Sonderorganisation jemals wieder in den Reihen der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung zu marschieren und das wenig reizliche Banner der „Verbandsvernichter“ im Stiche lassen. Die Fahnenflucht der Mitglieder wird halb in vollem Gange sein. Ob mit oder ohne Einigung — das letzte Stündlein der Gewerkschaft ist bereits angebrochen. Ihr Angeben wird ein wenig ehrenvolles sein.

Wenn wir diese wenigen Zeilen von Nichtbuchdruckern in Betracht ziehen, so haben wir keinen Grund, das uns gemachte Angebot zu acceptieren. Die Frage ist aber, wollen wir den Frieden oder wollen wir ihn nicht. Ich bin für den Frieden auf annehmbarer Grundlage. Bei der Gewerkschaft ist das Bedürfnis nach Frieden wohl durch einen von dritter Seite ausgeübten Druck wach geworden, auch mögen bereits geschehene und noch bevorstehende Änderungen in der Leipziger Volkszeitung die Gewerkschaft auf den beschränkten Weg gedrängt haben. Wenn Pollender sagt, daß es ganz unmöglich sei, weitgehende Zugeständnisse zu machen und daß viele verheiratete Gewerkschafter in Frage kommen, die foudrationslos würden, so darf nicht dabei außer Acht gelassen werden, daß es Streikbrecher sind, die eben aus ihren Handlungen die Konsequenzen zu ziehen haben. Wenn aber die Herren nur aus ideellen Gründen eingesperrungen sind, um die L. B. nicht brach liegen zu lassen, so mögen sie den Beweis dafür antreten, daß sie den Ausständigen die Plätze räumen. Auf der andern Seite würden wir aber gewiß dafür sorgen, daß diese Kollegen anderwärts untergebracht würden. Aus prinzipiellen Gründen müssen wir aber verlangen, daß die Stellen für alle Ausgetretenen offen gehalten werden. Um in dieser Beziehung unsern Willen zu dokumentieren, empfehle ich Ihnen die Annahme folgender Resolution:

Die am 12. September im Theaterpale des Kristallpalastes tagende, von 2000 Mitgliedern besuchte Versammlung des Vereines Leipziger Buchdrucker- und Schriftsetzergewerkschaften erklärt, einer Aufnahme der Gewerkschaft in den Verband nur unter der Bedingung zustimmen zu können, wenn dem am 24. November 1900 ausständig gewordenen Personale der Leipziger Volkszeitung auf Grund des Vermittlungsvorschlages des Parteivorstandes vom 5. Dezember 1900, und im Hinblick auf den Ausspruch des Reichstagsabgeordneten A. Hebel, welcher den Ausständigen prinzipiell und moralisch Recht gab, ihre innegehabten Plätze bis zu einem bestimmten Termine offen gehalten werden.

Die Versammlungen erwarten, daß bei den eventuell stattfindenden Einigungsverhandlungen seitens der Vertreter des Verbandes der Deutschen Buchdrucker den Forderungen der Leipziger Mitglieder Rechnung getragen wird, zumal die feinerzeit ausständig gewordenen 31 Kollegen, wovon 27 verheiratet waren und 63 Kinder zu ernähren hatten, nicht um persönlicher materieller Vorteile willen, sondern lediglich im Interesse des Verbandes ihre jahrelang innegehabten Stellen aufgaben, um den gegen den Verband gerichteten Angriff in Gemeinschaft mit der Leipziger Mitgliedschaft abzuwehren.

Diese Resolution können Sie ruhig annehmen, und wenn Sie dieselbe acceptieren, handeln Sie als ehrliebe Verbandsmitglieder, als ehrliebe Parteigenossen, und gerade an die letzteren unter uns wende ich mich besonders; anders können wir nicht handeln, wenn wir uns nicht

selbst ins Gesicht schlagen wollen. Andere Gewerkschaften mögen vielleicht der Gewerkschaft weiter als wir entgegenkommen, wir aber können dieselbe auf der heutigen Grundlage nicht aufnehmen. Wenn diese Resolution angenommen werden sollte, dann müssen wir aber auch Mann für Mann dahinter stehen, denn nur dadurch können wir uns Respekt bei der übrigen Arbeiterkraft verschaffen. Als große, mächtige Organisation müssen wir uns auf den Boden der Resolution stellen, sonst können wir nicht bestehen, sonst werden wir nicht das in Ehren bleiben, was wir bisher waren. Will die Gewerkschaft in aufrichtiger Weise sich uns nähern, dann wird sie auch die Wege finden, denn auch wir stehen auf dem Standpunkte, daß wir einen Frieden brauchen im Interesse des Verbandes und der Arbeiterkraft.

Scheps: Ich habe anzufragen, wie es sich verhält, da ich gehört habe, daß in der Leipziger Volkszeitung bereits ein Verbandsmitglied beschäftigt wird. Es ist dies das Mitglied Hafertorn aus Berlin.

Engelbrecht: Dem Vorstande ist nichts bekannt, daß ein Mitglied in der L. B. angefangen hat. Zu der Sache selbst kann ich Ihnen aber folgendes mitteilen. Seitens des Verbandsvorstandes wurde uns mitgeteilt, daß sich ein Mitglied Hafertorn hier melden würde, welcher für ein neu zu gründendes Blatt den geschäftlichen Teil deselben zu erledigen hat. Hafertorn ist nun im Hause der L. B. ein Zimmer eingeräumt worden und deshalb mag das Gerücht entstanden sein, daß ein Verbandsmitglied dort eingesperrt sei. Da Hafertorn nichts mit der L. B. zu tun hat, so glaube ich der Verbandsvorstand nichts in den Weg legen zu sollen. Hafertorn ist nicht von der L. B. engagiert, hat nichts mit derselben zu tun und ist von zwei sächsischen Reichstagswahlkreisen engagiert für eine Stellung, wie er sie ähnlich früher bei Mosse innegehabt. Wir haben dem betreffenden Kollegen erklärt, daß, wenn die Leipziger Volkszeitung nicht sein Arbeitgeber sei, so hätten wir ihm nichts entgegen zu halten. Einen endgültigen Beschluß haben wir allerdings nicht gegeben, da wir erst Erkundigungen einziehen müssen. Möglich, daß der betreffende Kollege unter einer falschen Flagge segelt, in diesem Falle würden wir ihm nahe legen, so zu handeln, wie es sich für einen anständigen Kollegen gehört. Aber, wie gesagt, nähere Unterlagen haben wir heute noch nicht. Ich gebe die Erklärung ab, daß, so lange die Wotabe über die L. B. verhängt ist, kein Verbandsmitglied dort eine Kondition annehmen darf und errettlichweise ist bis jetzt noch kein Mitglied aus Leipzig dort eingesperrt. Konzeptionen machen wir aber niemand.

Taubert: Wir sind heute in der Zahl von etwa 2000 anwesend und Tausende und Abertausende von Arbeitern sind auf unsern Beschluß gespannt. Kollege Dreßler hat mir aus der Seele gesprochen. Redner gab eine Darlegung über die Entstehung des Konfliktes und sagte: Wenn diese Leute heute wieder aus der L. B. austreten, haben sie sich vom Streikbrüche gereinigt. Es sind seinerzeit 160 Kollegen ausgeschlossen worden, sie hatten eine andre Meinung und es hat uns bis jetzt sehr eine Opposition gefehlt, ich meine aber keine solche à la Wajsh. Deshalb hatten wir bisher einen so schlechten Versammlungsbesuch. Redner empfahl zum Schluß die Annahme der Resolution Dreßler.

Engelbrecht widerlegte die geschichtlichen Fretümer des Vordrängers bei der Schilderung der Entstehung des Konfliktes und sagte diesbezüglich, daß wir es hier mit Leuten zu tun haben, die eingesperrungen sind nicht aus Unkenntnis oder Not, sondern mit Leuten, die glauben, im ersten Gliede der modernen Arbeiterkraft zu marschieren, mit Parteigenossen, mit Vertretern der ausgeklärten Arbeiterkraft, daß also hier sehr wohl ein Unterschied mit anderen Streikbrechern gemacht werden müsse. Wer den Gang der Oppositionsgeschichte verfolgt hat, wird wissen, daß vom Verbands noch kein Duzend ausgeschlossen worden ist von allen denen, die heute in der Gewerkschaft sind. Die anderen sind zum größten Teile wegen Neisten ausgeschlossen worden, ein Teil ist freiwillig in die Gewerkschaft eingetreten. Eine moralische Pflicht, die 168 Mann in den Verband aufzunehmen, besteht daher für uns nicht, höchstens nur einem kleinen Teile gegenüber. Wenn der Vordränger vom schwachen Versammlungsbesuche spricht unter Hinweis auf die fehlende Opposition, so muß dagegen ganz entschieden protestiert werden. Wir haben den besten Versammlungsbesuch von allen größeren Mitgliedschaften. Sehen Sie z. B. nach Stuttgart, wo wegen schwachen Besuches nicht einmal von der Münchener Generalversammlung Bericht erstattet werden konnte. Und die Berliner können ebenfalls mit ihrem Versammlungsbesuche nicht an den unsrigen tippen. Daß in den Sommermonaten die Versammlungen schwächer besucht sind, das trifft überall zu. Von allen Gewerkschaften in Leipzig haben wir den besten Besuch. Wenn hier z. B. zwei Reichstagswahlkreise ihre Versammlungen in der Flora abhalten, die kaum 500 Personen faßt, so bedarf dies in Anbetracht der Zahl der Mitglieder des Wahlvereins und der abgegebenen Stimmen bei der Reichstagswahl keiner weiteren Kritik. Tatsache ist, daß unser Versammlungsbesuch ein guter, weshalb man nicht Nebenarten und Schlagworte in die Versammlung tragen soll.

Sätze: Wenn hier der Fanzapfel „Opposition“ hineingeworfen wird, dann soll man in die Versammlung kommen und nicht hinter dem Kasten schimpfen. Ich bin auch für die Resolution Dreßler. Wenn wir heute einen so großartigen Versammlungsbesuch haben, so wünsche ich nur, daß es auch in der Zukunft so bleibt.

Tanneberger (mit lautem Ah! empfangen): Ich bin erfreut, daß Sie mich mit solcher Aufmerksamkeit begrüßen. Es sprach heute ein Redner von Unmöglichkeiten. Solche darf es für uns nicht geben. Namentlich bei einem solchen Punkte, wo eine so große Anzahl Kollegen in Frage kommt. Es sind darunter Kollegen, die vor 10 Jahren Ehrenämter im Verbands bekleidet und Schuler an Schuler mit uns gestanden haben. Heute haben diese Kollegen eingesehen, daß sie Fehler gemacht haben, und jeder Mensch macht Fehler, sie wollen unsere Brüder sein, und daß ihnen dies hier abgekriffen wird, ist nicht richtig. Wir müssen mehr Rücksicht auf die menschliche und kollegiale Seite nehmen. Ich nehme die Eingesperrungen nicht in Schutz, aber das eine müssen wir ihnen zugestehen, daß sie Solidarität unter sich bewiesen haben. Das dient ihnen zur Ehre. Ich habe lange Jahre mit jenen Kollegen keine Verbindung mehr gehabt. In den letzten Tagen habe ich einige gesprochen, ich habe aber auch mit einzelnen der früher in der Leipz. Volkstg. beschäftigt gewesen Kollegen gesprochen, weil ich beide Teile hören wollte, um einen Einblick in die Sache zu erhalten, wie sie jetzt liegt. Da habe ich von den ersteren gehört, daß sie keine Anarchisten sind, wie gesagt wurde, sondern daß sie eben so kollegial denken wie wir. Wir wollen aber den Streit endlich einmal beseitigen. Vor 4 Jahren habe ich einmal mit Pollender gesprochen, der selbst eingestand, daß die Gründung der Gewerkschaft ein Fehler gewesen sei. Derartige Abspaltungen süßen eben nicht zum guten. Wenn nun gesagt wurde, daß die Aufnahme der Gewerkschaft in den Verband eine moralische Schwäche für uns bedeute, so ist das nicht richtig. Betrachten Sie doch die Dinge einmal, wie sie liegen. Im Kriege wird auch nicht mit Zuckernüssen geschossen und man sagt sich keine Komplimente, schließlich wird aber doch Frieden geschlossen, wie Sie es jetzt wieder beim südafrikanischen Kriege gesehen haben. Wenn gesagt wurde, daß 160 aus dem Verbands ausgeschlossen wurden, so ist das nicht richtig, aber mehr als ein Duzend sind allein in Leipzig ausgeschlossen worden. Wenn ein Redner sich auf den unverständlichen Standpunkt stellt, so bin ich nicht damit einverstanden, aber wenn die Wiederherstellung des status quo verlangt wird, so entspricht dies ganz meiner Meinung, dagegen will ich den Eingesperrungen eine gewisse Valgenfrist gewährt wissen, damit sie sich inzwischen um andere Stellungen umsehen können, wir wollen diese Kollegen doch nicht ins Elend stoßen, nicht brotlos machen. Wenn wir die Zustimmung der Gewerkschaft erhalten, daß sie 31 Plätze frei machen will, so können wir zufrieden sein. Ich habe gehört, daß Stehengebliebene bereit sind, ihre Plätze zu räumen; daß nicht alle so ideal angelegt sind, ist begründet, denn es sprechen auch materielle Interessen mit. Wenn Engelbrecht sagt, wir hätten keine moralische Pflicht den Leuten gegenüber, so mag dies im engeren Sinne richtig sein, aber im weitern haben wir die moralische Pflicht, alle Kollegen heranzuziehen zum Verbands, das wird bei der Agitation immer betont. Wir können hier nicht Kollegen von uns fern halten wollen, wenn diese die Absicht haben, sich uns zu nähern. Nehmen Sie die Resolution Dreßler an und es wird wieder ein andres Gefühl bei uns einziehen.

Dreßler: Als Einbringer der Resolution gestatten Sie mir noch einige Worte. Mein Vordränger hat an das Menschlichkeitsgefühl appelliert, womit in einer solchen Versammlung immer eine gewisse Wirkung erzielt wird. Wenn Tanneberger davon sprach, daß verschiedene jener Leute vor 10 Jahren Schuler an Schuler mit uns gestanden, so will das nichts befehlen, denn ein guter Mensch kann in 10 Jahren ein schlechter Mensch werden und umgekehrt. Ich will auch den Frieden wie Tanneberger, aber von einem Standpunkte aus, der acceptabel ist für die Organisation. Die Herren in der L. B. konnten leicht die Solidarität unter sich pflegen, weil sie in einer „fetten Pründe“ saßen, wo ihnen niemand zu nahe kam. Ich habe nicht von den Betreffenden als Anarchisten, sondern davon gesprochen, daß sie keine Disziplin beachtet und das ist anarchisch. Tanneberger verlangt eine bestimmte Frist, bis zu welcher die Plätze frei gemacht werden sollen, das will meine Resolution auch. Wie viel eintreten werden, ist jetzt überflüssig festzustellen, auf keinen Fall werden aber alle eintreten. Das Rechts- und Billigkeitsgefühl muß aber hochgehalten werden. Hier müssen wir, als die Angegriffenen, in erster Linie verlangen, daß man uns entgegenkommt. Anders können und dürfen wir nicht handeln.

Pohst: Ich erinnere Sie an die Zeit vor zwei Jahren, wie uns damals diese Leute angegriffen haben und heute sollen wir ihnen entgegenkommen. Damals wurden unsere verheirateten Kollegen in der L. B. auch nicht gefragt, wo sie ihr Brot verdienen können.

Die Rednerliste ist nunmehr erschöpft. Engelbrecht bringt die Resolution Dreßler nochmals zur Verlesung und sodann zur Abstimmung. Die Resolution wird einstimmig angenommen. (Stürmisches Bravo!)

Engelbrecht (zum Schlußworte): Damit hat sich unsre Tagesordnung erledigt. Mit der Annahme dieser Resolution, was in so einseitiger Weise geschehen ist, übernehmen Sie auch die Verpflichtung, alle Konsequenzen zu tragen, welche sich an diese Resolution knüpfen können. Der Vorstand würde es begreifen, wenn auf Grund dieser Resolution eine Verständigung mit der Gewerkschaft zu stande käme. Es ist aber auch nicht ausgeschlossen, daß auf Grund dieser Resolution Komplikationen mit dem Verbandsvorstande und den Gewerkschaften entstehen können.

Die Debatte war eine sehr ausgiebige, im großen und ganzen aber eine sehr objektive. Nachdem sich eine so große Versammlung auf den Boden der Resolution gestellt, trägt sie auch einen Teil der Verantwortung. Sie darf davon nicht zurücktreten, selbst wenn der Leipziger Kollegenrat sich Schwierigkeiten in den Weg gesetzt werden sollten. Der Vorstand ist befriedigt von dem Ausgange der heutigen Versammlung. Sie hätten auch etwas anderes beschließen können, aber die Hauptsache war, daß etwas Einheitsliches zu Stande gekommen ist. Ich wünsche, daß auch in anderen Fragen über Kleinlichkeiten hinweg immer nur große Gesichtspunkte Ihre Bestimmungen leiten mögen, wie sie das Ansehen und die Würde der Organisation erhöhen. Unsere Organisation, der wir als Leipziger Vereinsmitglieder alle angehören, der Verband der Deutschen Buchdrucker, er lebe hoch! (Begeistert stimmte die große Versammlung in das Hoch ein.)

Aus dem Auslande.

Die wie allerwärts so auch in Frankreich seit langem herrschende Krise in unserm Gewerbe zwingt das Zentralkomitee des Buchdruckerverbandes zu der Bitte an alle ausländischen Reisenden — besonders diejenigen, welche des Französischen unkundig sind — das Land vorläufig meiden zu wollen. (Sämtliche Fachorgane werden um Verbreitung vorstehender Zeilen gebeten!)

Der im ganzen Lande einheitlich geregelte Arbeitsnachweis nimmt Gestalt an. In der neuesten Nummer der Typographie française werden die Adressen von 17 Kollegen veröffentlicht, die an der Spitze von ebensovieleen Gauen stehen, wovon die Mitgliedschaften in 14-tägigen Zwischenräumen berichten.

Von Köln ist eine Einladung zur Teilnahme an der internationalen Versammlung für den gesetzlichen Schutz der Arbeiter eingelaufen. Kollege Augustus Keiser wird dort den Buchdruckerverband vertreten.

Ende Oktober findet eine große Comba la statt, deren Erträgnis hälftig dem Buchdruckerverbande (zur Unterbreitung von unverschuldeter Not alter Kollegen, Wittwen usw.), hälftig dem Pariser Waisenhaus für Kinder von Angehörigen des Buchgewerbes zufliessen soll. Neun Fachvereine haben ihre Teilnahme durch Entsendung von Delegierten zum Organisationskomitee erklärt; Keiser ist dessen Präsident.

Auf dem neunten Kongresse der Vereinigung der Buchdruckerbesitzer Frankreichs, in Rennes abgehalten, verlas der Vicepräsident Renouard in der dritten Sitzung das Projekt eines Tarifes für die Sechsmaschine sowie den Bericht über die Arbeiten des Tarif-Komitees. Der Meister Stort fragte die Versammlung, ob sie den drei wichtigsten Gehlensvorschlägen, betreffend die Abschaffung der Frauenarbeit an der Sechsmaschine, neunstündige Arbeitszeit und Abschaffung des Berechnens, zustimmen wolle. Einmütig verneint dies der Kongress.

Der Gemeinderat von Lyon bewilligte der horigen Mitgliedschaft 500 Fr. als Beitrag zu den Kosten der Abhaltung eines Gantages. — Zu Ehren des hundertjährigen Geburtstages des Dichters Viktor Hugo hielt dessen Vaterstadt Besançon vom 15. bis 17. August mehrere Feste ab. Auch ein Arbeiterkongress fand statt, an dem die Buchdrucker zahlreich teilnahmen. Der Kollege Poirey überreichte dem Handelsminister Trouillot verschiedene Forderungen der Arbeiter, die dieser aufmerksam zu untersuchen und Abhilfe zu bringen versprach. — In Zile bei Vimoges befinden sich die Maschinenmeister im Ausstande. Zwei Brotschürerinnen wurden deshalb vom Patron Arduant entlassen, weil ihre Verwandten am Streik beteiligt sind. Das Zentralkomitee gewährt ihnen Unterstützung, obwohl sie nicht dem Verbände angehören.

Der kürzlich in Rouen verfordene Millionär Dutuit hat die Stadt Paris zur Erbin seiner wertvollen Sammlungen von Kunstwerken und Büchern eingesezt.

Reiche Liebhaber von Bildern gibt es in Frankreich. Der Buchhändler Mame in Tours hat eink eine Ausgabe des neuen Testaments mit Illustrationen des Malers James Tissot veranstaltet. Es wurden von diesem Werte 100 numerierte Exemplare zu 5000 Fr. und 1000 gewöhnliche zu 1000 Fr. gedruckt. Zwei Wochen nach Erscheinen waren sämtliche Vorzugsexemplare und über 900 gewöhnliche verkauft, so daß also mehr als 1400000 Fr. vereinnahmt waren.

Zwei sich widersprechende Gerichtsurteile sind in letzter Zeit in Frankreich gefällt worden. Die Meister Marlot und Demarquette in Douai verweigerten tarifmäßige Bezahlung, obwohl sie sich schriftlich dazu verpflichtet hatten. Alle Vermittlungsvorschläge blieben fruchtlos — die Druckerei wurde in Verfall erklärt und durch Mauervanschläge das Publikum benachrichtigt. Auf angelegte Klage wurde das Komitee der Mitgliedschaft zur Zahlung von 300 Fr. Schadenersatz und Infertion des Urteils in vier Zeitungen verurteilt. — Weniger Glück hatte der Patron Dumont in Vimoges, der vom dortigen Appellhofe mit seiner Klage, die den gleichen Gegenstand wie oben betraf, abgewiesen wurde.

In den Cevennen, in den Gemeinden Souteyrols, Carthayrol und Seranne wird mit dem Bruche von Lithographiesteinern begonnen, die besser sein sollen als die gelben Solnhofener; ihre Qualität liege zwischen der ersten und zweiten grauen Münchener Sorte.

Aus Belgien. Infolge des Urteils des Appellationshofes in Brüssel in der Van Assche'schen Klage, „wodurch bewiesen wird, daß die Gleichheit der Belgier vor dem

Gesetze eine der zahlreichen Täuschungen ist, wodurch die leitenden Gewalten das Gewissen der Arbeiter einschläfern, wodurch ferner bewiesen ist, daß die Klassen noch nicht abgeschafft sind und wodurch die Herrschaft der Herren über die Arbeiter geheligt wird“, hat der Brüsseler Verein eine Campaigne für die Abschaffung des 310. Artikels des Strafgesetzbuches unter allen Arbeitern des Landes eröffnet. — Gelegentlich der Einweihung seiner neuen Geschäftsräume gab der Brüsseler Prinzipal Copps allen Angehörigen der Dffizin ein Festessen und bewilligte ferner allen Mitarbeitern eine Lohnzulage. — Die Antwerpener Fachschule erhielt vom Magistrat die jährliche Beihilfe von 500 Fr.

Romanische Schweiz. Endlich ist die Antwort der Prinzipale auf das am 30. März abgeordnete, von den beiden schweizerischen Arbeiterverbänden verfaßte Projekt des Tarifes über die Sechsmaschine eingetroffen. Es bestimmt: Abschaffung des Berechnens, sechsmonatige Lehre, neunstündige Arbeitszeit, 20prozentige Erhöhung des Lohnes; Lehrlinge können in den letzten sechs Monaten an der Maschine beschäftigt werden usw. Da dieser Entwurf in vielem von dem der Arbeiter abweicht, wird in diesem Monate nochmals in den beiden Verbänden darüber verhandelt.

Aus Italien. Die Arti grafiche bringen folgendes Inzerat: „Ein junger Buchdrucker wird verlangt, der mit einer Schwindel erregenden Schnelligkeit (avec une vitesse vertigineuse) setzen kann und auch an der Rotationsmaschine Beschäftigt weiß. Außer Geschicklichkeit verlangt man vollständige Anständigheit. Bedingungen: 1,50 Lira pro Tag (etwa 1,20 Mk.), dazu freie Wohnung ohne Wäsche; die Hälfte der Reise in dritter Klasse wird vergütet. Weitere Einzelheiten gibt die Unione Tipografica in Nicofia (Catanten).“

Korrespondenzen.

J. Chemnitz. In der letzten Korrespondenz von hier wurde über Ferien berichtet und man wird sich gebührend haben, daß gerade die Firmen nicht mit angeführt werden konnten, die zu allererst in der Lage wären, dem Personale eine kleine Erholung auf Geschäftskosten zu gewähren. In der Allgemeinen Zeitung gab es sogar bereits vor zwei Jahren drei Tage Ferien, im vorigen und diesem Jahre ist das aber wieder weggefallen. Es erweckte in diesem Geschäft damals den Anschein, als ob man mit dieser Koblese nach außen hin Reklame machen wolle, was man jetzt wahrscheinlich nicht mehr nötig hat. Dafür hat diese Firma bei Eintritt der stilleren Geschäftszeit drei Sezer, darunter den Vorstehenden der hiesigen Mitgliedschaft, welcher seit Gründung des Geschäfts dort tätig war, entlassen und ist damit die augenscheinlich unbeliebt gewordenen Leute losgeworden. Ohne allzu große Opfer seitens unserer Prinzipale könnte durch Gewährung von Ferien die Zahl der Arbeitslosen etwas vermindert werden, doch wird im Gegenteile jeder nur halbwegs entbehrliche Mann entlassen. In den neuesten Nachrichten hat in diesem Jahre eine weitere Verminderung des Personals stattgefunden. Vor drei Jahren noch standen dort über 30 Handsezer, jetzt werden nur noch 5 Hand- und 4 Maschinensezer beschäftigt; durch Einführung von Sechsmaschinen und Verringerung des Plattumfanges sind die übrigen entbehrlich geworden. Häufen sich einmal die Inzerate, so bezieht man die größeren in Matrizen aus der Allg. Btg., wo ja dieselben Inzerate aufgegeben werden. Man muß sich nur zu helfen wissen! — Der paritätische Arbeitsnachweis ist nun auch hier seit einiger Zeit eingerichtet, funktioniert jedoch leider noch nicht in der wünschenswerten Weise. Herr Wiltsch hat trotz der großen Anzahl von Arbeitslosen am Orte, worunter sich viele Familienväter befinden, es vorgezogen, Gehilfen von auswärts zu engagieren, die sich im Kleinem unter der Marke N.-B. empfohlen hatten. In dem Bestreben, Mitglieder für die Prinzipalstassen zu gewinnen, scheint man bei den Neueingestellten nicht gerade wählerisch zu sein, erstelt doch kürzlich ein bei Wiltsch in Kondition getretener Gehilfe die Aufnahme-Formulare für die genannten Klassen vorgelegt, trotzdem er sich nicht im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befindet. Der Verband nimmt solche Leute bekanntlich nicht auf. — Ueber die Firma Wiltsch wurden in letzter Zeit übrigens wiederholt Klagen laut, wovon jedoch nur die eine erwähnt werden soll, daß von den berechneten Kafesezern verlangt wurde, die umbrochenen Bogen ohne Entschädigung zur zweiten Korrektur abzugeben, was selbstverständlich ein untarifmäßiges Verlangen ist, das wohl auch kaum in einer zweiten Tarifdruckerei gestellt werden dürfte. Am 30. August hatte sich mit der Firma Wiltsch auch das hiesige Gewerbegericht zu beschäftigen und zwar klagte ein Maschinenmeister gegen dieselbe auf Lohnentschädigung wegen kündigungsofer Entlassung. Dem betreffenden Kollegen war zugemutet worden, an einem Abziehapparat ständig abzugeben; nachdem der Kollege diese Arbeit auch einige Tage verrichtet, weigerte er sich, dies weiter zu besorgen, da der Handhabung dieses Apparates seine Körperkräfte für die Dauer nicht gewachsen seien und die Arbeit auch nicht zu der eines Maschinenmeisters gehöre. Hierauf wurde der Gehilfe sofort entlassen, obwohl er bereits ein halbes Jahr bei der Firma als Maschinenmeister beschäftigt war. Bei der Verhandlung vor dem Gewerbegericht sagte nun der als Sachverständiger geladene Herr Buchdruckerbesitzer Alexander Wiebe (nicht geleiteter Buchdrucker) aus, daß das Abziehen

am Abziehapparate wohl zu den Obliegenheiten eines Maschinenmeisters gehöre und nur in ganz großen Geschäften Hilfskräfte für dieser Arbeit verwendet würden. Wenn dem Kläger der Apparat zu schwer gegangen sei, so taugte er körperlich nicht zum Maschinenmeister! Die Klage wurde nach diesem Gutachten auf Grund des § 123 Abs. 3 der G.-D. abgewiesen. Für die deutschen Kollegen von der Maschine wird es nicht uninteressant sein, auf diese Weise zu erfahren, was alles zu ihren Verpflichtungen gehört.

Darmstadt. (Maschinenmeisterklub.) Nachdem während der letzten Monate einige Ruhe in unserm Vereinsleben eingetreten war, eröffnete Kollege Kollet das neue Programm durch einen Vortrag über Celluloid-Klischees, deren Herstellung und Vorzüge. Er erledigte seine Aufgabe in lobenswerter Weise. Darauf folgte am 6. September ein Vortrag des Herrn Lehrer Jung, die Dreifarbenphotographie und den Dreifarbenbdruck behandelnd. Durch erläuternde Zeichnungen sowie Vorlage von photographischen Platten, Stereoskop, Druckmaschinen usw. unterstüzte und ergänzte Herr Jung seinen Vortrag in erfolgreicher Weise, so daß alle anwesenden Kollegen die noch folgenden Vorträge des Herrn S. mit gespanntem Interesse erwarteten. Leider war der Besuch etwas schwach. Diesem Uebel könnte jedoch abgeholfen werden, wenn der Bezirksvorstand unseren Beiträgen etwas mehr Aufmerksamkeit schenken wollte, was im Interesse der Gesamtkollegenchaft wohl wünschenswert erscheint, denn unsere Vortragsabende werden nicht für den Klub allein, sondern für den ganzen Bezirksverein veranstaltet. (Wir bestreiten, daß z. B. ein Vortrag über Celluloid-Klischees allgemeines Interesse finden kann, weshalb auch der dem Bezirksvorstande gemachte Vorwurf nicht aufrecht erhalten kann. Neb.)

F. Frankfurt a. M. Die am 1. September im Gewerkschaftshause abgehaltene halbjährliche Generalversammlung des Vereins aller in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hatte sich eines sehr guten Besuches zu erfreuen. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende der verstorbenen Mitglieder Leopold Gerhardt und Maria Köder, deren Andenken in üblicher Weise gekehrt wurde. — Sodann erstattete der Vorsitzende E. Dornis einen kurzen Situationsbericht. Das halbe Jahr setzte insofern ungünstig für uns ein, als eine große Zahl konditionsloser Kollegen vorhanden war, welche sich auch bis jetzt noch nicht wesentlich verringert hat. Trotz der schlechten Konjunktur sei es uns doch gelungen, in zwei Gießereien eine bedeutende Lohnerhöhung zur Durchführung zu bringen. Als ein großer Uebelstand müsse die in der Bauerschen Gießerei herrschende Lehrlingszahl bezeichnet werden; es stehen zurzeit 30 Gehilfen 12 Lehrlingen gegenüber. — Hierauf folgte der Bericht des Kassierers Dorn. Ihm wurde einstimmig Dedarge erteilt.

Leipzig. Am 5. September fand hier selbst eine öffentliche Versammlung der Stereotypen- und Galvanoplastiker Leipzigs statt. Dieselbe beschäftigte sich mit dem freiwilligen Unterstützungsfonds. Dem Vertrauensmann Engelmann wurde Dedarge erteilt und derselbe neu gewählt. Hieran schloß sich die Generalversammlung des hiesigen Vereins der Stereotypen- und Galvanoplastiker. Laut Bericht des Vorsitzenden zählt der Verein 123 Mitglieder. Der Besuch ließ bei sämtlichen Versammlungen sehr zu wünschen übrig, ebenso will das Resizieren der Beiträge nicht verschwinden, was bei dem geringen Betrage doch gewiß zu vermeiden wäre. An Vermögen besitzt der Verein die Summe von 2044,70 Mk. (Betreffs der Vorstandswohlf siehe unter Verbandsnachrichten.)

Stuttgart. Eigentümlich berührte die Notiz vom 30. August im Corr., worin mitgeteilt wurde, daß auch das Süddeutsche Verlagsinstitut ihren Sezern einen dreitägigen Urlaub bei Fortbezahlung des Lohnes bewilligte, was um so mehr anzuerkennen sei, als das Geschäft auch am 1. Mai einige Stunden freizig und bei den Ferien fast alle Sezer in Betracht kämen, da eine Karenzzeit von nur einem Jahre notwendig sei, um zur Rukniehung dieser Wohltat berechtigt zu sein. Wir sind gewiß die letzten, die dem Personale die Ferien nicht gönnen würden, ob sich aber dasselbe lange dieser Wohltat erfreut, ist zweifelhaft; denn schon vor Jahren wurden Ferien bewilligt, aber dann, aus welchem Grunde wissen wir nicht, dieselben wieder fassiert. Die Karenzzeit von einem Jahre ist leicht begreiflich, denn die Durchschnittszeit, in der die Sezer in diesem Geschäft tätig sind, beträgt ja nur zwei Jahre. Vielesicht erinnern sich aber die Leser noch des Urteils über diese Firma, die vor noch keinem Jahre erklärte: „Wir können keine so hohen Löhne mehr zahlen, wir müssen mit billigeren Arbeitskräften schaffen!“ Als in diesem Sinne Kündigungen erfolgten und das Personal deshalb vorstellig wurde, erklärte die Direktion: „Es sollen deswegen keine Entlassungen mehr vorgenommen werden.“ Trotzdem wurden nach und nach mit zwei Ausnahmen sämtliche Sezer, die 30 und mehr Mark Lohn hatten, entlassen. Unter diesen Gehilfen befand sich nur ein Unverheirateter. Sollte man also da so viel erpart und mit den billigen Arbeitskräften so viel verdient haben, daß man jetzt sogar wieder Ferien geben kann?

K. Stuttgart. Am 6. September feierte das Personal der Hoffmannschen Buchdruckerei (Felix Kraus) das 50jährige Berufsjubiläum ihres Faktors Bühler. Am Morgen fand der Jubilar seinen Platz sinmig geschnitten und eine Deputation brachte ihm die Glückwünsche des Personals dar, denen noch viele Gratulanten im Laufe

Fortsetzung aus dem Hauptblatte.

des Tages folgten. Am Abend vereinigte sich das Personal mit dem Jubilare und dessen Familie zu einer gemütlichen Feier. Auf die meist humorvollen Ansprachen und Begrüßungen erwiderte der Jubilare in ebenso humoristischer Weise. Solofestspiel, Musik und vor allem eine Anzahl Säger des Gutenbergvereins verschönten den Abend, und nur zu rasch entschwanden die frühlichen Stunden. Als Festangebinde wurde dem gezeirten Jubilare von seiten des Personals eine goldene Uhr überreicht.

Ulm. Im hiesigen Buchdruckerergewerbe hält die Misere an, ein Schritt zum Bessern ist noch nicht zu spüren. Außer der Hauptfirma Ulmer Volksbote hat sich keine größere Druckerei mehr herbeigelassen, den Tarif anzuerkennen. Unsere Petition an den Gemeinderat, bei Vergebung von Druckarbeiten die tariflosesten Druckereien zu bevorzugen, war ohne Erfolg. Nach wie vor herrscht auf dem Rathause sowohl als bei den Privaten das elendeste Submissionswesen, das sich denken läßt. Bei jeder, auch der kleinsten Arbeit, wird bei allen Buchdruckereien — und es sind nicht wenige — angefragt, zu welchem Preise sie geliefert wird, und dann geht die Hehle los. Sobald eine Firma erfährt, daß der oder jener so und so viel verlangt, flugs werden so und so viel Mark abgeboten, so daß in den meisten Fällen absolut nichts mehr zu verdienen übrig bleibt, ja sogar meist mit Verlust gearbeitet wird. Gewiß herrliche Zustände hier!

Rundschau.

In Leipzig waren eine Anzahl Inhaber von konzeffionierten Plakat-Anschlag-Instituten versammelt und gründeten einen Verband zur Wahrung ihrer Interessen. Wenn das Geschäft nicht lukrativ genug erscheint, der möge es aufgeben. Das „öffentliche“ Interesse gebietet die Uebernahme der Plakatsäulen in eigne Regie der Gemeinde. Vielleicht steuert die Verbandsgründung — natürlich ungewollt — diesem Ziele zu.

Bei den Gewerbegeichtswahlen in Saarbrücken ging die Liste der organisierten Gewerkschaften vollständig durch. Unter den gewählten zwölf Beisitzern der Arbeitnehmer befinden sich auch zwei Verbandsmitglieder und zwar die Kollegen E. Wadenach und G. Wolf.

Am 31. August vergangenen Jahres verstarb Friedrich Wilhelm Reichenstein, Neisser aus Gallenkirchen (Baden), den Schriftgießer Heinrich Klimech aus Witten (Hannover) in der Nähe von Fünnsbruck in einem Heustadel, in welchem sie übernachteten, mittels eines Rebolverschlusses zu erdornen und dann zu berauben. Glücklicherweise wurde Klimech nicht tödlich verlegt. Reichenstein wurde in Rom verhaftet. Das Schwurgericht in Fünnsbruck verurteilte am 9. September dieses Jahres Reichenstein zu sechs Jahren schweren Kerkers, verhärtet mit einem Hafttage vierteljährlich.

Verurteilt wurde der Redakteur des Anhaltischen Tageblattes in Dessau zu 100 Mk. Geldstrafe; er hatte sich gestattet, das Verbot eines Gewerkschaftszuges abfällig zu beurteilen, worin eine formale Beleidigung der Anhaltischen Regierung gefunden wurde.

In Berlin fand der 26. Surinzentag statt, der diesmal auch für weitere Kreise bemerkenswert ist, da die Tagesordnung Punkte aufzählt, die ein allgemeines Interesse beanspruchen. Wenn auch das, was die Herren Juristen herausstrecken, nicht allenthalben den Volksanschauungen entspricht, so geben ihre Beratungen doch Anlaß zum Nachdenken und schließlich werden auch die eigentlichen Gesetzsmacher gezwungen, den gebachten Anschauungen Rechnung zu tragen. Professor v. Liszt-Berlin sprach über die Revision des Strafgesetzbuches und stellte eine Anzahl Theesen auf, welche die Zustimmung der Versammlung fanden. Danach wurde eine Revision des seit 1871 in Geltung befindlichen Gesetzes als eine dringende („aber nicht drängende“), hatte der Referent hinzuzufügen zu müssen geglaubt, was aber von der Versammlung getriden wurde) erklärt. Das Polizeistrafrecht soll ausgetrieben und besonders behandelt werden (wobei hoffentlich der Polizei nicht noch mehr Rechte zufallen, als sie ohnehin schon hat oder doch sich aneignet). Dagegen sollen die strafrechtlichen Ergänzungs-gesetze behufs Vereinfachung in das Gesetz aufgenommen werden. Das Hauptaugenmerk der Revision soll sich beziehen auf die strafrechtliche Behandlung der jugendlichen, geistig minderwertigen und der rückfälligen Personen, auf das gewerbsmäßige Verbrechen, die richterliche Strafzumessung, die Strafmittel und den Strafvollzug — alles Punkte, die einer dem Geiste der Neuzeit entsprechenden Venderung dringend bedürfen.

Erhebungen über die wirtschaftliche Lage der Arbeiter finden wie in Baden (s. Nr. 106) auch in Preußen statt. — Die bayerische Regierung veranstaltet Enqueten über die jetzigen Fleischnpreise und alles was damit zusammenhängt; Preisbedarft der einzelnen Orte, Zeitpunkt des zugeführten Viehes usw. In den übrigen Regierungskreisen Deutschlands nimmt man unbegreiflicherweise noch eine zuwartende Stellung ein.

Der Scharfmacherverband (Zentralverband der Industriellen) hielt in Düsseldorf eine Delegiertenversammlung ab. Die Leute befürchten, ihren Einfluß zu verlieren, wenn der Posttarif nicht vor den nächsten Reichstagswahlen zu stande kommt und als Wahlparole ausgegeben wird. Ob so oder so: Die Parole wird bleiben, auch wenn es den volksfeindlichen Parteien gelingen sollte, den Posttarif unter Dach und Fach zu bringen. Der Generalsekretär Bueck ging dann in seinem Referate den Sozialpolitikern der bürgerlichen Parteien zu Leibe. Statt mit der Sozialdemokratie in Vertretung von Arbeiterinteressen zu wetteifern, müßten sie die Interessen der Unternehmer wahrnehmen — das ist der hehlichste Wunsch des Herrn Bueck. Der Redner betonte, die Reichstagstribüne werde benützt, die Arbeitgeber ungehindert in maßloser Weise zu verleumdern und zu beschimpfen, es werde von da aus „eine Heerarbeit betrieben, wie sie schmächtlicher nicht sein könne“. Schredlich! Weiter ist Redner ungehalten, daß die Reichsregierung sich auf dem Stuttgarter Gewerkschaftskongresse habe vertreten lassen — ohne den Herrn Bueck zu fragen. Die am Schlusse des Kongresses von Voemelburg gebrauchte Sentenz: „Die deutschen Gewerkschaften und die Sozialdemokratie seien eins“, muß herhalten, um der Regierung zu Gemüte zu führen, daß sie mit dieser Vertretung einen argen Post geschossen. Es würde den Intentionen des Industriellen-Verbandes natürlich weit besser entsprechen, wenn die Regierung ihre Informationen ausschließlich von dessen Angestellten bezöge. Wozu ist denn der Mann sonst da, als von dem ihm von den Großindustriellen zugewiesenen Plaze aus das Recht in Unrecht zu verkehren und jeden Fortschritt auf sozialem Gebiete zu verhindern zu suchen. Daß die Regierung „unter dem Einflusse des Zentralverbandes stehe“, das wird von dem Herrn Bueck jetzt noch als ein „brutalster Weise“ gemachter „Vorwurf“ bezeichnet, in Wirklichkeit aber ist das der hehlichste Wunsch des Zentralverbandes.

Infolge des Dreierstreiks bei Borzig hat der Verband der Berliner Metallindustriellen mobil gemacht. Derselbe ordnete an, daß vom 9. September ab bis auf weiteres in den Verbandswerkstätten Arbeiter oder Arbeiterinnen irgend welcher Art nicht eingestellt werden dürfen, auch nicht als Ersatz für entlassene Arbeiter. Demzufolge ist auch die Arbeitsnachweisstelle bis auf weiteres geschlossen worden. Auch der Verband der Glaserien und verwandten Gewerbe hat verordnet, daß streikende Bleigläser vorläufig nicht, auch nicht zu den bisherigen Bedingungen, wieder eingestellt werden. Immer schneidig, wenn es auch nichts hilft.

In Berlin hat der Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter mit der Vereinigung der Glasreinigungs-Unternehmer einen Arbeitsvertrag für die Fensterputzer vereinbart, der auf ein Jahr Gültigkeit hat und einen Mindestlohn von 19,50 Mk. pro Woche (Ueberstunden 45 Pf., Hilfsarbeiter 3,50 Mk. pro Tag) bei zehnstündiger Arbeitszeit festsetzt. In dem Nachweise des Verbandes haben die Unternehmer Sitz und Stimme, verpflichten sich aber dagegen, Arbeitskräfte nur aus diesem zu beziehen. Ein aus gleichen Teilen bestehendes Schiedsgericht schlichtet etwaige Streitigkeiten. Dem gebachten Verbands gelang es auch in Breslau Differenzen beizulegen, welche infolge Maßregelung eines Arbeiters in einem Glasreinigungsinstitute entstanden waren.

Nach der im Reichsanzeiger veröffentlichten Nachweisung betrug der Schichtlohn der Bergarbeiter in Preußen im zweiten Quartale: In Oberschlesien 2,95 (gegen 2,98 Mk. im ersten Quartale), Niederschlesien 2,69 (2,77), Oberbergamtsbezirk Dortmund 3,78 (3,88), Saarbrücken 3,56 (3,56), Aachen 3,68 (3,72), Oberbergamtsbezirk Halle 2,96 resp. 3,55 (2,87 resp. 3,65), Mansfeld 2,88 (2,93), Oberharz 2,25 (2,28), Stegen-Nassau 2,83 (2,95). Danach sind die Löhne fast durchgängig gefallen. Wenn trotzdem der Gesamtdurchschnittslohn im zweiten Quartale vielfach höher ist als im ersten, so rührt dies daher, weil in den Monaten April bis Juni mehr Schichten verfahren worden sind als in den Monaten Januar bis März.

In Köln tagte der christlich-soziale Metallarbeiterverband, der bekanntlich vom Gesamtverbande der christlichen Gewerkschaften ausgeschlossen worden ist, weil sich dessen Vorsitzender erlaubt hatte, in der Postfrage eine von der vom Zentrum ausgegebenen Parole abweichende Stellung einzunehmen. Auch bei dieser Verbandssitzung Zeit gegen die Neutralität ausgesprochen, er will auf „positiv-christlicher“ Grundlage weiterarbeiten. In dieser Beziehung hat er auch, wie der Geschäftsbericht des Vorsitzenden hervorheben zu müssen glaubt, „von hoher kirchlicher Stelle“ Anerkennung gefunden. Leicht erklärlich! — Der Ausschluß hat dem Verbands, nach der gleichen Quelle, nicht geschadet, die Mitgliederzahl beläuft sich auf 5000. Das will aber nicht viel sagen, wenn konstatiert werden mußte, daß innerhalb zwei Jahren 4236 Mitglieder aufgenommen worden und 3280 ausgetreten sind. Im übrigen ist der Verband, trotz seiner „positiv-christlichen Grund-

lage“ von Anfechtungen seitens der Fabrikanten nicht verschont geblieben, so werden drei Orte angeführt, in welchen die Mitglieder von den Unternehmern aus dem Verbands herausgebrängt wurden. Auf dem diesjährigen Verbandstage wurde die Einführung der Arbeitslosenversicherung unter Erhöhung des Beitrages von 20 auf 30 Pfennig beschlossen. Der erhöhte Beitrag soll vom 1. Juli 1903 ab erhoben, die Unterstützung vom 1. Juli 1904 ab gekürzt werden. Der Vorstand wurde jedoch ermächtigt, unter Zuziehung von vier von der Generalversammlung gewählten Delegierten diesen Termin zu vertagen, sofern dies die wirtschaftlichen Verhältnisse gebieten resp. kein Umsturz in denselben eintritt. Ferner wurde die Aufnahme weiblicher Mitglieder beschlossen. In der oben erwähnten Ausschluß-Angelegenheit hat der Ausschuß des Gesamtverbandes Einigungsversuche gemacht, die jedoch von der Versammlung abgelehnt wurden mit der Hinzufügung, daß der Verband nicht abgeneigt sei, anderweite Vorschläge nach dieser Richtung hin entgegen zu nehmen.

Der Verband der Verwaltungsbeamten der Ortskrankenkassen und Berufsgenossenschaften hielt seinen fünften Verbandstag in Hannover ab. Ein großer Teil der Mitglieder befand sich in Opposition gegen den Vorstand, der es, gestützt auf den andern Teil, verstanden hat, jede Annäherung an andere Arbeiterverbände zu verhindern und innerwärts verschiedene von dem letzten Verbandstage angenommene Entwürfe, die darauf gerichtet waren, vor allem die soziale Lage der Mitglieder zu bessern, hatte unter den Tisch fallen lassen. Diesmal handelte es sich um den Anschluß an die Generalkommission, der unter jochanen Umständen ebenso lebhaft bekämpft wie verteidigt wurde. Das Resultat fiel zwar zu gunsten der jetzigen Leitung aus, der Anschluß wurde mit 16 gegen 10 Stimmen abgelehnt, aber der Vorsitzende wurde doch so scharf mitgenommen, daß er freiwillig auf eine Wiederwahl verzichtete. An seine Stelle wurde sein heftigster Gegner, Giebel-Magdeburg, und als Nebakteur des Verbandsorgans, welches Amt bisher vom Vorsitzenden mit bekleidet wurde, Wendland-Magdeburg gewählt. Als Sitz des Verbandes wurde Leipzig bestimmt. In Zukunft sollen in Verbands auch die Beamten der Zinnungs- und freien Hilfskassen, soweit sie berufsmäßig tätig sind, Aufnahme finden.

Durch den eben erfolgten Beitritt des Bayerischen Lehrerevereins ist der Deutsche Lehrerverein auf 100000 Mitglieder gestiegen. Es fehlen ihm nur noch die Kollegen in Elsaß-Lothringen.

Die Polizeidirektion in Lüneburg hat den Erlaubnischein zur Beteiligung eines Gesangsvereins an einem Begräbnisse unter Mitnahme der Vereinsfahne mit der Rubrik „Genehmigung zur Veranstaltung einer Lustbarkeit“ versehen. Da hat Ven Aliba wieder einmal mit seiner Weisheit Schiffbruch gelitten.

In Lohnbewegung traten in Berlin die Porzellanmaler, in Gera die Textilarbeiter, in Rottbus die Steinseher und Kammer.

In Böhmen streiken auf einer Bede des Falkenauer Bezirks 34 im Tagbau beschäftigte Arbeiter, die gleiche Arbeitszeit wie im Tiefbau und Lohnerhöhung fordern. In Triest stellten 700 Hafnarbeiter die Arbeit ein wegen Maßregelung von zehn Kollegen. Die Sachlage im Loire-Bezirk (s. vor. Nummer) scheint sich schnell geändert zu haben. Die Grubenarbeiter beschlossen mit 1011 gegen 85 Stimmen den Generalstreik.

In Frankreich begannen im Juli nach amtlichen Erhebungen 35 Streiks, an denen 6434 Personen beteiligt waren. 25 derselben erstreckten sich auf nur einen Betrieb. Beendigt wurden 30 Streiks und zwar 7 mit Erfolg für die Arbeiter, 12 durch Vergleich und 11 ohne Erfolg.

Die Bergleute Belgiens traten am 7. September in Charleroi zu ihrem Nationalkongresse zusammen. Unter den Beratungsgegenständen befand sich der Achtstundentag. Es wurde beschlossen, im ganzen Lande Versammlungen abzuhalten, um nicht bloß die Bergleute, sondern auch die Öffentlichkeit von der Notwendigkeit der Reformen zu überzeugen, ferner sollen Massenpetitionen eingereicht und der Kammer ein Gesetzentwurf unterbreitet werden, der auf der Basis des französischen beruht, endlich große Straßendemonstrationen veranstaltet werden. Weiter beschäftigte sich der Kongress mit der Alterspension für Bergleute. Die vom Staate geforderte Pension soll für Arbeiter unter Tage mit dem zurückgelegten 50., für die über Tage arbeitenden mit dem 55. Lebensjahre beginnen und 600 Fr. pro Jahr betragen. In die Pensionskasse sollen die Arbeiter 3 Proz. ihres Lohnes zahlen und die Unternehmer für jeden ihrer Arbeiter einen gleichen Betrag beisteuern. Außerdem soll der Staat ebenfalls und zwar zwei Drittel der obigen Betragshöhe hinzufügen.

Briefkasten.

Sterkrade: Die Beihilfen müßten sich in diesem Falle den Anforderungen des Prinzipals fügen. Siehe übrigens Seite 75 und 76 des Tarifkommentars. — A. K. in Düsseldorf: Sie irren sich, diese „Empfehlung“ war im

Berichte enthalten. Besten Dank für die Ausschnitte. Die hohle Kritik an dem Mejerste des Fr. J. schwimmt auf der Oberfläche, geht der Sache aber nicht auf den Grund. Uebrigens hat die Dame darauf bereits reagiert. — R. S. in St. J.-S.: Wir haben das Buch nicht. Es anzuschaffen, bloß weil darin gegen die Buchdrucker geschimpft wird, haben wir kein Bedürfnis. Gruß! — S. M. in S.: Nein, die tägliche Arbeitszeit ist eine neunstündige; i. auch Kommentar Seite 68. — Typ. Gesellschaft in Hamburg: Die Ausstellungsanzeige traf für die Sonnabend-Nummer zu spät hier ein. — W. in Koblenz: Todesanzeigen sind noch nie als „Vereinsanzeigen“ in Bezug auf die Bezahlung behandelt worden.

Verbandsnachrichten.

Adressenverzeichnis.

Da das Adressenverzeichnis am 1. Oktober neu erscheinen soll, erjüden wir diejenigen Herren Bezirksvorsteher und -Kassierer, welche seit Erscheinen des letzten Verzeichnisses (1. April 1902) verzoogen, dies jedoch im Corr. nicht mitgeteilt haben, eine etwaige Veränderung ihrer Adresse möglichst umgehend — spätestens aber bis zum 22. September — nach hier bekannt zu geben. Auch wollen diejenigen Herren, welche später (im Oktober) beziehen, wenn möglich die neue Adresse ebenfalls mitteilen.

Berlin.

Hauptverwaltung.

Bezirk Kottbus. Die diesjährige Herbst-Bezirksversammlung findet Sonntag den 12. Oktober in Kottbus statt. Anträge zu derselben sind bis zum 28. September beim Vorsitzenden einzureichen. Tagesordnung geht den Mitgliedern per Zirkular zu.

Bezirk Viegitz. Die nächste ordentliche Bezirksversammlung findet Sonntag den 26. Oktober in

Sauer statt. Anträge zu derselben sind bis Sonnabend den 4. Oktober dem Bezirksvorsitzenden einzureichen.

Leipzig. (Verein der Stereotypen- und Galvanoplastiker.) Der Vorstand setzt sich wie folgt zusammen: B. Dieke, Dresdner Straße 20, II., Vorsitzender; M. Engelmann, Kassierer; M. Wille, Schriftführer.

Magdeburg. Anträge hiesiger Mitglieder zur Bezirksversammlung sind bis zum 20. September beim Vorsitzenden C. Gehrt, Gracan, Gartenstr. 16, einzureichen.

Die eingegangenen Johannistfest-Drucksachen liegen während der Lesende im Vereinslokale aus.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Eberfeld der Seher Josef Kirfel, geb. in Mheweiler 1875, ausged. in Altdorfen 1893; war schon Mitglied. — In Waib die Seher I. Walther Drenhaus, geb. in Eberfeld 1882, ausged. das. 1901; 2. Eduard Stadmann, geb. in Stodack (Waden) 1866, ausged. das. 1884; 3. der Drucker Heinrich Cleve, geb. in Warmen 1883, ausged. das. 1901; waren noch nicht Mitglieder. — Bruno Drechsler, Karlsrufer 32, II.

In Emmerich der Seher Hermann Könnigen, geb. in Gütthum 1883, ausged. in Emmerich 1900; war noch nicht Mitglied. — B. Ahlbrink in Duisburg, Mühlstr. 95.

In Großfarbach der Schweizerdegen Karl Schmidt, geb. in Berlin 1883, ausged. in Steinheim (Westf.) 1902; war noch nicht Mitglied. — E. Gerich in Frankfurt, Altesstraße 10.

In Hannover der Seher Otto Peister, geb. in Stötterich 1878, ausged. in Leipzig 1896; war schon Mitglied. — Emil Fritsche, Alsterstraße 29.

In Oldenburg der Seher Karl Dejer, geb. in Schwerte (Westf.) 1882, ausged. das. 1899; war noch

nicht Mitglied. — In Barel der Seher Albert Untrodt, geb. in Brücken 1882, ausged. in Uda 1900; war schon Mitglied. — In Wilhelmshaven der Seher Theodor Babel, geb. in Neuf a. Rh. 1877, ausged. in Warendorf 1896; war noch nicht Mitglied. — W. Neidhardt in Oldenburg i. Gr., Adorferstraße 32.

In Schwiebus der Seher Oskar Franke, geb. in Schwiebus 1882, ausged. das. 1901; war noch nicht Mitglied. — Gustav Hauske in Frankfurt a. O., Sophienstraße 5.

In Stuttgart die Drucker 1. August Koch jun., geb. in Stuttgart 1884, ausged. das. 1902; 2. Willy Kirchhoff, geb. in Stuttgart 1884, ausged. das. 1902; 3. Theodor Schmidt, geb. in Stuttgart 1884, ausged. das. 1902; waren noch nicht Mitglieder. — In Wildbad der Schweizerdegen Johann Hammer, geb. in Egenhausen 1883, ausged. in Wildbad 1900; war noch nicht Mitglied. — Karl Knie in Stuttgart, Rosenstraße 32, I.

In Worms der Seher Konrad Späth, geb. in Bamberg 1884, ausged. das. 1900; war noch nicht Mitglied. — Fr. Denbel in Worms-Neuhäusen, Lupertusstraße 28, II.

In Trief der Drucker Johann Koy, geb. in Kempton (Bayern) 1879, ausged. das. 1898; war noch nicht Mitglied. — Ernest De Roja, Via Volpgetto 3, II St.

Reise- und Arbeitslosen-Unterstützung.

Essen. Dem Seher August von Haaf aus Emmerich (Rheinl.-Westf. 3844) wurde angeblich auf der Tour von Frankfurt nach Ludwigshafen das Reisetagebuch gestohlen. Demselben wurde ein neues Buch (Rheinl.-Westf. 4161) ausgestellt und wird erstere für ungültig erklärt.

Warburg. Dem Drucker Albert Rogge aus Pöwahren ist auf der Tour von Warburg nach Kassel die Reiselegitimation verloren gegangen. Demselben wurde eine neue Legitimation mit der Bezeichnung „Duplikat“ ausgestellt.

Buchdruckerei-Verkauf.
In Berlin ist eine gut rentable Buchdruckerei mit 11 Handarbeitern sofort zu verkaufen. 2 Schneidpressen, 2 Ziegeldruckmaschinen mit elektrischer Antirive, 2 Handpressen, 1 Schneidemaschine, 1 Heftiermaschine, die Hundert 3000 Schriften usw. Verkaufspreis etwa 30000 Mk. — Inhaber ist 20 Jahre Verbandsmitglied, seit 9 Jahren selbständig u. muß das Geschäft nur frankheitshalber verkaufen. Für einen auch zwei tüchtige Buchdrucker günstige Gelegenheit, sich eine Existenz zu schaffen. Werte Offerten bef. u. Nr. 583 die Geschäftsst. d. Bl.

Geschäftsführer
als stiller Teilhaber für eine modern und leistungsfähig eingerichtete Buchdruckerei in großer Industriestadt Süddeutschlands mit einer Bareinlage von 12000 bis 15000 Mk., welche schar gestellt werden, gesucht. Da der Besizer nicht am Orte wohnt und andere Unternehmung hat, ist fraglicher Posten ein durchaus selbständiger! Werte Offerten unter Nr. 581 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Gesucht wird ein tüchtiger Zeug-Graveur
der im Schneiden von Schrift und Linien-einrichtungen perfekt ist und zu zeichnen versteht, ebenso ein
junger Stempelschneider
der an korrektes Arbeiten gewöhnt ist. Ausführliche Offerten erbeten an die
Schriftgießerei Ludwig & Mayer
Frankfurt a. M. [568]

Stempelschneider
für Stahl, erste Kraft, sofort für dauernd gesucht
Hermann Kretschmar,
Leipzig-Reudnitz, Döfstr. 22,
Schriftschneiderei und Gravier-Anstalt. [577]

Accidenzsetzer
in allen Sprachen tüchtig, mit modernem Materiale vollständig vertraut, sucht sofort Stellung. Leipzig, Vera oder nächste Nähe bevorzugt. Werte Offerten unter O. K. 100 postl. Vera (Westf.) erbeten. [588]

Zeitungs- u. Inseratensetzer
starker Stenograph, sucht dauernde Kond. Suchender würde sich event. auch mit 1000 Mk. beteiligen. Werte Off. u. A. 102 postlagernd Bergedorf erbeten. [571]

Schriftsetzer
Schweizer, mitstärkel, in allen Sprachen bewandert, vier Hauptsprachen beherrschend, gut repräsent, sucht Korrekter oder Vertrauensstelle. Eintritt November event. früher. Werte Off. unter Nr. 561 an die Geschäftsst. d. Bl. erb. [582]

Tüchtiger Schriftsetzer
23 Jahre alt, in letzter Stelle acht Jahre, sucht Stellung. Der Eintritt kann sofort erfolgen. Werte Offerten erbeten an Otto Stranz, Bacha a. W. [582]

Typographia Gesangverein Berliner Buchdrucker und Schriftgießer.

Sonntag den 21. September in der Berliner Ressource, Kommandantenstraße 57:

XXIII. Stiftungsfest.

Vokal- und Instrumental-Konzert und Ball

unter gütiger Mitwirkung von Herrn und Frau Weinbaum sowie eines namhaften Humoristen.

Anfang 6 1/2 Uhr. — Eintrittspreis einzeln. Herren 75 Pf., Damen 50 Pf. Mitglieder sowie deren Damen 25 Pf. Billets sind Freitags in den Arminhallen sowie bei den aktiven Mitgliedern zu haben. Der Vorstand, [525]

Frankfurt a. Main.

Dienstag den 16. September, abds. 8 1/2 Uhr, findet im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses eine

Mitgliederversammlung

mit folgender Tagesordnung statt: 1. Geschäftliche Mitteilungen; 2. Vortrag des Kollegen Max W. d. bins aus Hanau über: Der Jugendstil, seine Entwicklung durch die alten reinen Stilarten und ihre Anwendung in Sage und Druck; speziell werden die Satzentwürfe in sämtlichen 18 reinen Stilartern detailliert; 3. Verschiedenes. Die Kollegen des Bezirks sowie der umliegenden Druckorte sind hierzu freundschaftlich eingeladen und erwartet zahlreicher Besuch. Der Vorstand, [569]

Typographische Gesellschaft, Hamburg.

Morgen, Mittwoch den 17. September:

Vortrag: Wie entsteht unser Schrift-Material.

Alle Kollegen sind eingeladen. Der Vorstand, [584]

Tüchtiger Flach- und Rundstereotypen
in allen vorkommenden Arbeiten firm, sucht dauernde Kondition. Selbständige Stellung bevorzugt. Werte Offerten unter H. 565 sofort hauptpostl. Hannover erbeten.

Carl Reichenbach
München • Heustr. 29/0

Permanent. Musterausstellung und Lager (electr. Betrieb)

von:
Berger & Wirth, Leipzig
J. G. Mailänder, Cannstatt

Bierbecher, Bierseidel, Bierkrüge
von 2 Mk. bis 15 Mk. — Abbildungen umsonst.
Graph. Verlags-Anstalt, Halle a. S.

Prospekte gratis und franko.

Sieben erschienen!

„Broschüren für Accidenzsetzer“
Heft 1:
Neue Ornamentierungsformen für Accidenzier.

1 Mk. Mit ca. 400 Satzbeispielen. 1 Mk.

Graphischer Buchverlag
Alfred Wendler
Frankfurt a. O., Bergstrasse 54 b.

Zu beziehen nur per Nachnahme oder Voreinsendung des Betrages.

Unentbehrlich! Unentbehrlich!

Anhang zum Tarife

von Konrad Gidler, Leipzig, Salomonstr. 8.
Preis pro Exemplar 10 Pf.

Won den Verbandsfunktionären oder vom Herausgeber direkt zu beziehen. Im Porto wolle man den Bestellungen außerdem noch bis zu 6 Stk. 3 Pf., 7 bis 12 St. 5 Pf., 13 bis 30 St. 10 Pf. belegen.

Dresdner Volkshaus.

Ritzenbergstr. 2 — Maxstr. 13.
Zentralverkehr der Gewerkschaften.

Hotelbetten von 75 Pf. bis 1,75 Mk., Herbergebetten von 40 Pf. an mit Bäder-Benutzung. * Angenehme Räume mit guter Ventilation. * **Biere nur aus ersten Brauereien.** Grosser Saal, kleine Säle mit Sitzungszimmer.

Günstigste Zeit zum Abonnement!

Schweiz. Graph. Mitteilungen

Jahres Heft 1 des 21. Jahrg. erschienen. Für Berlin vierteljährlich 2,25 Mk. für Deutschland vierteljährlich 3 Mk.

Gustav Fißler (vorm. C. Meves) Buchhandlung
Berlin SW 29, Hübnerstraße 5. [546]

Achtung! Achtung!

Stereotypen u. Galvanoplastiker.

Bei Konditionsannahme nach Berlin sind vorher Erkundigungen einzuziehen im Arbeitsnachweise, Prinz Albrechtstraße 3, Restaurant Schulz, oder beim Vorsitzenden Ch. Weyland, Koloniestraße 37, I. [140]

Königsberg i. Pr.

Sonnabend den 20. September, abends 8 Uhr im großen Saale der Jubiläumshalle:

Ordentliche Monatsversammlung.

Um vollzähliges Erscheinen bitten
Der Vorstand, [579]

Peter Reichard

Schriftsetzer, wird freundschaftlich um Adresse gebeten an Karl Prager, Maschinenmeister, Köln a. Rh., Wandaach 35. [587]

Nach langem Siechtume starb am 11. September der Setzer-Invalid

Karl Demogalski

aus Marienfelde im noch nicht vollendeten 60. Lebensjahre.

Möge ihm die Erde leicht sein!
Buchdrucker-Verein in Hamburg-Altona.

Nachruf.

Am 9. September starb nach kurzem aber schweren Leiden unser lieber Kollege, der Schriftgießer

Max Möbius

im Alter von 46 Jahren.

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten. [586]

Die Kollegen der Firma J. G. Scheiter & Giesecke, Leipzig.

Richard Härtel, Leipzig S.-N.

Buchhandlung und Antiquariat

liefert Werke aller Art zu Ladenpreisen franko. Bestellungen nur direkt per Postanweisung erbeten.

Sieben erschienen:

Minimal-Druckpreise-Tarif für das deutsche Buchdruckgewerbe nebst Bestimmungen für das Zeitungs- und Anzeigen-Verfahren. Werte neu bearbeitete Auflage. 2 Mk.

Kalenderbuch. W. B. für Jünger und Freunde der schwarzen Kunst. 20 Pf.

Gutenberg-Jubiläum-Markchen von G. Schöner. Für alle Buchdrucker-Festlichkeiten geeignet. Für Streichorchester 2,20, für Pianoforte 1,00.